

212577-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Rettungsdienste – Vergabeverfahren - Intensivtransport 2026 - der Stadt Münster als Kerntträgerin der Trägergemeinschaft ITW

OJ S 61/2026 27/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

E-Mail: vergaben@stadt-muenster.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabeverfahren - Intensivtransport 2026 - der Stadt Münster als Kerntträgerin der Trägergemeinschaft ITW

Beschreibung: Gegenstand der Beauftragung ist die Durchführung des nicht dringlichen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung. Die Stadt Münster, der Kreis Steinfurt, der Kreis Coesfeld, der Kreis Warendorf und der Kreis Borken stellen die Teilaufgabe des nicht dringlichen bodengebundenen Intensivtransports von erstversorgten Notfallpatienten gemäß § 2 Abs. 2 S. 2 RettG NRW in dem gesamten Bereich der Trägergemeinschaft sicher (§ 6 Abs. 4 RettG NRW i. V. m. § 23 Abs. 1 1. Alt. GkG NRW). Die Stadt Münster hat die Teilaufgabe Intensivtransport in zeitlich gemäß jeweils gültigen Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt Münster begrenzten Umfang in die eigene Zuständigkeit übernommen (Kerntträger). Die Trägergemeinschaft ist zum Zeitpunkt des Verfahrensbeginns noch nicht wirksam. Die Stadt Münster geht jedoch davon aus, dass die Wirksamkeit im Laufe des Vergabeverfahrens, spätestens jedoch zum Zeitpunkt der Aufforderung zur finalen Angebotsabgabe gemäß § 24 Abs. 4 GwG NRW vorliegen wird. Bitte beachten Sie hierzu den Hinweis unter Ziffer 1. (Einleitung) im Dokument Bewerbungsbedingungen.

Kennung des Verfahrens: ed00b129-ad58-4aa3-ad1d-010c4ce51360

Interne Kennung: 2026-0098-37

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75252000 Rettungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Münster

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Steinfurt

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Coesfeld

Land, Gliederung (NUTS): Coesfeld (DEA35)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Warendorf

Land, Gliederung (NUTS): Warendorf (DEA38)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Borken

Land, Gliederung (NUTS): Borken (DEA34)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXTDYYDYTGUNP14# Rückfragen werden durch Unternehmenskommunikation für alle Interessenten beantwortet. Die Information über vorliegende Unternehmenskommunikation werden unaufgefordert per E-Mail nur an die Interessenten verschickt, die sich freiwillig registrieren lassen. Alle übrigen Interessenten werden aufgefordert, regelmäßig den Link in der Bekanntmachung zur angegebene Internetseite für das Herunterladen der Vergabeunterlagen aufzusuchen, um dort eventuelle Unternehmenskommunikationen abzurufen. Hinweise zur Datenverarbeitung nach Artikel 13 bzw. 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) Kontaktdaten der für die Verarbeitung verantwortlichen Stelle: Stadt Münster, Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement, Zentrales Vergabemanagement, 48127 Münster, E-Mail: Vergaben@stadt-muenster.de Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten: Die behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadtverwaltung Münster ist zu erreichen unter der Anschrift Stadt Münster, 48127 Münster, bzw. unter datenschutz@stadt-muenster.de Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage: Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 Buchstabe b) DSGVO. Für die gesetzlich gebotene transparente und diskriminierungsfreie Auswahl des günstigsten Anbieters der von der Stadt nachgefragten Waren, Werke oder Dienste ist es zwingend notwendig, die personenbezogenen Daten der Bieter (bei Unternehmen: deren Vertreter) zu speichern und zu verwenden. Datenkategorien und Datenherkunft: - Anrede, Vorname, Nachname, ggfs. Unternehmensbezeichnung - ggf. gültige E-Mail-Adresse, - Anschrift, - Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), vollständige Angebots- oder Teilnahmeanträge - Weitere Informationen, die für die Bearbeitung Ihrer Anfrage/ Ihres Angebots / Ihres Teilnahmeantrags notwendig sind, Zu einer Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte kann es kommen, wenn Bieter Beschwerden gegen die Entscheidung erheben, mit wem die Stadt Münster den Vertrag schließen will. Dauer der Speicherung: Bis zum Abschluss des im Wettbewerb stehenden Vertrags. Ggf. länger, wenn die Stadt Münster nach spezialgesetzlichen Vorschriften zu einer längeren Speicherung verpflichtet ist oder Bieter in eine darüber hinaus gehende Speicherung nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 a) DSGVO eingewilligt haben. Rechte der betroffenen Person: Bei entsprechendem Identitätsnachweis können Interessenten bzw. Bieter bei der eingangs genannten Stelle jederzeit: 1) Auskunft darüber verlangen, welche personenbezogenen Daten

wir von Ihnen für welchen Zweck und für welche voraussichtliche Dauer verarbeiten; 2) Berichtigung verlangen, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten, 3) Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen, sofern sie für den Zweck, zu dem sie erhoben wurden, oder zur Verteidigung von Rechten der Stadt Münster nicht mehr notwendig sind. Das Recht zur Löschung besteht nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO. 4) Einschränkung der Datenverarbeitung nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO verlangen; 5) Verlangen, personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder an einen anderen Verantwortlichen zu übermitteln 6) Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungen nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO einlegen.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde: Wer der Ansicht ist, dass seine personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig verarbeitet werden, kann sich mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Die Kontaktdaten der für die Stadt Münster zuständigen Aufsichtsbehörde lauten: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf (Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf), Tel. 0211/38424-0, Fax 0211/38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Betrug: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Korruption: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Zahlungsunfähigkeit: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilhabeantrag nachzuweisen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilhabeantrag nachzuweisen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: siehe §§ 123 und 124 GWB. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist mittels Eigenerklärung unter Verwendung der Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Formular 521 EU) mit dem Teilhabeantrag nachzuweisen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabeverfahren - Intensivtransport 2026 - der Stadt Münster als Kernträgerin der Trägergemeinschaft ITW

Beschreibung: Durchführung der von der Leitstelle zugewiesenen Einsätze des nicht dringlichen bodengebundenen Intensivtransports mit auftragnehmereigenen ITW und Betriebssitz/Betriebsstandort in Münster sowie geeigneten nichtärztlichen und ärztlichen Personal für die Stadt Münster (Kernträgerin) im gesamten Gebiet der Trägergemeinschaft ITW im Vorhaltungsumfang von 7 Tagen pro Woche, 365 Tage im Jahr, von 08:00 bis 20:00 Uhr mit Erweiterungsoption frühestens ab dem Jahr 2028 mit zusätzlichem Vorhalteumfang von 20:00 bis 22:00 Uhr von Montag bis Freitag (außer Feiertage) (siehe Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen) sowie einer Vertragsverlängerungsoption.
Interne Kennung: 2026-0098-37

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75252000 Rettungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Münster

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Steinfurt

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Coesfeld

Land, Gliederung (NUTS): Coesfeld (DEA35)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Warendorf

Land, Gliederung (NUTS): Warendorf (DEA38)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kreis Borken

Land, Gliederung (NUTS): Borken (DEA34)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/10/2030

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Siehe Anlage Einbindungsvereinbarung (Ziffer 14): 14 Vertragslaufzeit/Optionszeitraum 14.1 Die Vereinbarung beginnt am Tag nach der Beauftragung (Vertragsschluss). Leistungsausführungsbeginn ist der 1. November 2026 zum Schichtbeginn. Die Vereinbarung endet am 31. Oktober 2030 zum Schichtende (Grundlaufzeit). 14.2 Die Auftraggeberin hat das Recht (Option), die Vereinbarung durch einseitige Erklärung um 12 Monate, mithin bis längstens zum 31. Oktober 2031 zum Schichtende zu verlängern (Vertragsverlängerungs-Optionszeitraum). 14.3 In diesem Fall setzt die Trägerin den Auftragnehmer bis spätestens zum 30. April 2030 über die beabsichtigte Ausübung des Optionsrechts in Kenntnis. 14.4 Ein Anspruch des Auftragnehmers auf die Inanspruchnahme des Optionszeitraums besteht nicht.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# 1. Optionen gem.

Einbindungsvereinbarung: Ziffer 4.2.1 Bedarfsgerechte Neufestsetzung der Dienst- und Betriebszeiten unter Beibehaltung der Gesamtwochenstundenanzahl; Ziffer 4.2.2

Bedarfsgerechte Anpassung der Gesamtwochenstundenanzahl von bis zu +/- 20 %; Ziffer 4.2.3 Erweiterung der Vorhaltung an Wochentagen (mo-fr ohne Feiertage) um zwei Stunden bis 22:00 Uhr; Ziffer 14.6 Verlängerung der Vertragslaufzeit bis zum 31. Oktober 2031. Siehe

zu allen Einzelheiten Anlage Einbindungsvereinbarung. 2. Hinweis zur Qualitätswertung: Die Durchführung der Angebotswertung anhand der Zuschlagskriterien ist ausführlich unter Ziffer 20 des Dokuments der Bewerbungsbedingungen erläutert. Bitte beachten Sie, dass alle Konzepte und Angaben im Rahmen der Qualitätswertung Vertragsbestandteil werden. Dies

gilt auch für die im finalen Angebot angegeben mindestens fünf bis maximal 15 Notärztinnen und Notärzte. Der Auftragnehmer ist grundsätzlich verpflichtet, diese auch einzusetzen; sie

dürfen nur bei Vorliegen eines besonderen Grundes ausgetauscht werden. Siehe Ziffer 3.2 der Anlage Einbindungsvereinbarung. 3. Hinweis zum Betriebsstandort: Die Angabe eines geeigneten Betriebsstandortes muss spätestens mit dem finalen Angebot erfolgen. 4.

Vertragsstrafen: Verstöße gegen die Pflicht zur Einsatzbereitschaft während der vereinbarten

Betriebs- und Vorhaltezeit; je Verstoß und Dienstschicht EUR 5.000,00. Verstöße gegen

Leistungspflichten einer mit dem Vertragspartner abgestimmten Zielvereinbarung in

vereinbarter Höhe. Verstöße gegen die Pflicht zur Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

nach Ziff. 1 sowie die Kontroll- und Prüfpflicht nach Ziff. 2 der Anlage Besondere

Vertragsbedingungen Tariftreue/Mindestarbeitsbedingungen (Formular 513 EU), siehe zu allen Einzelheiten dort. Begrenzt auf maximal 5 % des wertungsrelevanten Angebotspreises. Fällt die tatsächlich geschuldete Gesamtvergütung niedriger aus, dann begrenzt auf maximal 5 % der niedrigeren Summe.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Der Auftragnehmer ist verpflichtet durch eine mindestens marktübliche

Vergütung des eingesetzten Personals darauf hinzuwirken, dass wenig oder bestenfalls keine Fluktuation entsteht.

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über geeignete Referenzen (Ziffer 5 im Teilnahmeantrag) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Geeignete Referenz/en über früher ausgeführte, mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare, Leistungen. Es gelten folgende Mindestanforderungen: - Durchführung von Leistungen des Intensivtransports i.S.v. § 2 Abs. 2 S. 2 RettG NRW auf genehmigter Grundlage i.S.v. §§ 17 ff. RettG NRW oder kraft Einbindung in den öffentlichen Rettungsdienst i. S. v. §13 RettG NRW einschließlich der Vorhaltung und Einsetzung des Rettungs-mittels (ITW) sowie des nicht-ärztlichen Personals - im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist liegt das Ende der Leistungen nicht länger als drei Jahre zurück. Hinweis: Es steht den Bewerbern frei, wie viele Referenzen sie angeben. Es genügt die Angabe einer Referenz, sofern diese alle Mindestanforderungen erfüllt. Die Tabelle darf zu diesem Zweck kopiert und die Auflistung auf einem weiteren Blatt fortgeführt werden. Erfüllt bereits eine Referenz alle Mindestanforderungen, ist die Eignung insoweit vollumfänglich nachgewiesen und die weiteren Referenzen bleiben unberücksichtigt.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung zum Vorliegen einer angemessenen Betriebshaftpflichtversicherung (Ziffer 6 im Teilnahmeantrag) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Über eine Eigenerklärung ist entweder anzugeben, dass der Bewerber bereits über eine angemessene Betriebshaftpflichtversicherung für den konkreten Leistungsbereich mit einer Mindestdeckungssumme i. H. v. EUR 5.000.000,00 pauschal je Versicherungsfall für Personen-, Sach- und Vermögensschaden (2-fach maximiert) verfügt oder dass der Bewerber über eine Betriebshaftpflichtversicherung für den konkreten Leistungsbereich verfügt, deren Mindestdeckungssumme im Fall der Beauftragung vor Leistungsausführungsbeginn auf den geforderten Umfang i. H. v. EUR 5.000.000,00 pauschal je Versicherungsfall für Personen-, Sach- und Vermögensschaden (2-fach maximiert) angepasst wird.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Bewertung des Preises erfolgt, indem für jedes Angebot eine Punktzahl P für den wertungsrelevanten Angebotspreis gemäß Anlage Preisblatt ermittelt wird. Das Angebot mit dem niedrigsten wertungsrelevanten Angebotspreis erhält die Höchstpunktzahl (850 Punkte) und ein Angebot mit einem mindestens doppelt so hohen wertungsrelevanten Angebotspreis null Punkte. Zwischen den beiden Positionen erfolgt die Punkteverteilung linear. Die so ermittelte Punktzahl P kennzeichnet das Wertungsergebnis des Angebots im Hinblick auf das Zuschlagskriterium Leistungspreis. Siehe Ziffer 20 im Dokument Bewerbungsbedingungen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 85

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Für jedes finale Angebot wird eine Punktzahl L für die Qualität ermittelt. Die Qualitätswertung beinhaltet drei Unterkriterien: a. Die jederzeit ordnungsgemäße und reibungslose Leistungserbringung, insbesondere bei gemeinschaftlicher Beteiligung unter Einsatz von Nachunternehmern. Gewichtung: 33,33 % / Punktwert: 50 ; Anteil an der Gesamtgewichtung: 5 % b. Anteil Facharzt-Qualifikation der eingesetzten Notärztinnen und Notärzte Gewichtung: 33,33 % / Punktwert: 50 ; Anteil an der Gesamtgewichtung: 5 % c. Sicherstellung der zeitnahen Identifizierung und Umsetzung medizinisch-technologischer Weiterentwicklungen im nicht dringlichen bodengebundenen Intensivtransport Gewichtung: 33,33 % / Punktwert: 50 ; Anteil an der Gesamtgewichtung: 5 % Die in den Unterkriterien 2a, 2b und 2c erzielten Punktwerte werden addiert und bilden die Punktzahl L. Siehe Ziffer 20 im Dokument Bewerbungsbedingungen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 09/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXTDYYDYTGUNP14/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXTDYYDYTGUNP14>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 04/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXTDYYDYTGUNP14>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/04/2026 07:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: siehe Dokument Bewerbungsbedingungen Ziffer 11:

"Teilnahmeanträge und finale Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden gem. § 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV ausgeschlossen (siehe Auflistung am Schluss dieses Dokuments). Die Auftraggeberin behält sich nach Maßgabe von § 56 Abs. 2 und Abs. 3 VgV sowie unter Berücksichtigung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bieter aufzufordern, - fehlende, unvollständige oder fehlerhafter unternehmensbezogene Unterlagen, die die Eignung der Bieter betreffen, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder - fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Dies gilt auch für fehlende oder unvollständige Einzelangaben in leistungsbezogenen Erklärungen oder vom Bieter selbst erstellten leistungsbezogenen Unterlagen. Die nachgeforderten Unterlagen sind binnen einer Nachfrist von max. einer Woche ab Übermittlung der Nachforderungsschreiben einzureichen. Die formellen Anforderungen bezüglich der Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote gelten entsprechend, soweit nicht in der Aufforderung abweichend angegeben. Hinweis: Der Vorbehalt gilt nicht für leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien (hier: Preis und Qualität) betreffen. Diese Ausnahme gilt wiederum nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 Satz 2 VgV)."

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die erfolgte Angabe einer Mindestanzahl von drei Bewerbern erfolgte lediglich aus technischen Gründen. Das Verfahren wird auch bei weniger als drei Bewerbern fortgeführt. Für die Erbringung der Dienstleistungen im öffentlichen Rettungsdienst gelten insbesondere die Bestimmungen des RettG NRW.

Eingesetzt werden dürfen auf dem ITW nur Notärztinnen/-ärzte, die über die in der Anlage Leistungsbeschreibung geforderte Qualifikation verfügen (Ziffer 3, ab S. 7). Der Auftragnehmer darf keine Mitarbeiter zur Dienstleistung heranziehen, deren Führungszeugnisse Eintragungen über strafgerichtliche Verurteilungen, insb. wegen Körperverletzungsdelikte oder gerichtliche Feststellungen nach § 17 Abs. 2 BZRG enthält. Bis spätestens zur Zuschlagserteilung muss die Anlage Eigenerklärung Sanktionen (Formular 523 EU) vorgelegt werden. Andernfalls besteht ein Zuschlagsverbot. - 513 EU 10-2018-Besondere Vertragsbedingungen TVgG NRW - 512 EU 04-2016-Vertragsbedingungen des Landes NRW Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vertragsbedingungen des Landes NRW

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster
Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer kann bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden. Diese ist erst möglich, wenn die/der Auftraggeber/in die unterlegenen Bieter/innen über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und den Namen der/des Bieters/in, deren/dessen Angebot angenommen werden soll, in Textform informiert hat und seit der Absendung dieser Information zehn (10) Kalendertage (bei Versand auf elektronischem Weg oder per Fax) vergangen sind (§ 134 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit - die/der Antragsteller/in den geltend gemachten Verstoß gegen Vergaberechtsvorschriften schon vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber der/dem Auftraggeber/in nicht innerhalb einer Frist von zehn (10) Kalendertagen gerügt hat oder - Verstöße gegen Vergaberechtsvorschriften, die aufgrund dieser Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden. Teilt die/der Auftraggeber/in einer/m Bewerber/in oder Bieter/in mit, dass sie/er einer Rüge nicht abhelfen will, so kann die/der betroffene Bewerber/in oder Bieter/in wegen dieser Rüge nur innerhalb von fünfzehn (15) Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen zulässigen Nachprüfungsantrag stellen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

Registrierungsnummer: DE126118269

Postanschrift: Klemensstraße 10

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48143

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrales Vergabemanagement (15ZVM)

E-Mail: vergaben@stadt-muenster.de

Telefon: +49 251492-0

Internetadresse: <https://www.stadt-muenster.de/startseite>

Profil des Erwerbers: <https://www.stadt-muenster.de/recht/ausschreibungen/aktuelle-ausschreibungen>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Stadt Münster - Zentrale Rechtsdienstleistungen und Vergabemanagement

Registrierungsnummer: DE126118269

Postanschrift: Klemensstraße 10

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48143

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrales Vergabemanagement (15ZVM)

E-Mail: vergaben@stadt-muenster.de

Telefon: +49 251492-0

Internetadresse: <https://www.stadt-muenster.de/startseite>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: DE164242157

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 2514113698

Internetadresse: https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

86ea40c0-63f9-480d-9f34-c2cf1b5c1eaa-01

Hauptgrund für die Änderung

:

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsdurchführung eingesetzten Personals sind anzugeben.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6531d46e-992a-4cd4-a56d-37c03b528edf - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/03/2026 12:41:35 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 212577-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 61/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/03/2026